

anschlag:

dezember 2008

die krise & staatskritik

thema:

Politische Rezepte in der Krise: Neoliberalismus und Keynesianismus

Es ist sicherlich noch zu früh, um Prognosen über Dauer und Ausgang der heutigen Wirtschaftskrise zu treffen, aber wenige dürften Zweifel daran haben, dass der Neoliberalismus als Kampfbegriff und politisch-ökonomische Ideologie in einer schweren politischen Krise steckt. Denn er hat erneut (und diesmal vehement) gezeigt, dass er nicht einhalten konnte, was er versprochen hatte: Als politische Legitimationsgrundlage des Kapitalismus gab die neoliberale Ideologie vor, die Ressourcen am effizientesten zu nutzen, ein anhaltendes und weitgehend krisenfreies Wachstum zu garantieren, und eine zwar ungleiche, aber doch gewisse Umverteilung des produzierten Vermögens zu unterstützen.

In der Tat gab es schon in der Vergangenheit eindeutige Warnsignale für die Krisenhaftigkeit des Neoliberalismus, die aber von vielen, die heute gern mehr Regulierung - etwa in den internationalen Finanzmärkten - fordern, mit einer schleichenden Doppelmoral als unvermeidbare Kollateralschäden betrachtet wurden. Denn Wirtschaftskrisen als Konsequenz neoliberaler Politiken trafen während der letzten Dekaden mehrmals und in dramatischer Weise die Ökonomien der Peripherie wie in Lateinamerika (Argentinien, etc.) und in Ostasien, ganz zu schweigen von den meisten afrikanischen Ländern, deren Krise sich mit der Zeit zu einem Dauerzustand entwickelt hat.

Solange diese Krisen noch am Rande unserer Volkswirtschaften stattfanden, sahen die meisten Befürworter des Neoliberalismus keinen Anlass zur Selbstkritik. Jetzt, da die Zentren der Weltökonomie selbst getroffen sind und die Strukturen ihrer Finanz- und Realwirtschaft

erschüttert werden, ist die Stimmung gekippt: Alle wenden sich an den Staat und distanzieren sich bis auf einige isolierte Stimmen von Hardcore-Liberalen vom Liberalismus. Niemals war seit der neoliberalen Wende in den 1970er Jahren in der Wirtschaft die Sehnsucht nach dem Staat so hoch wie heute. Dabei sind die Parallelen zwischen der heutigen Krise und der damaligen Krise des Keynesianismus, die die neoliberale Wende auslöste, so verblüffend, dass man den Eindruck bekommt, bloßer Zuschauer einer Farce mit dem Titel „Das war nur ein Scherz“ zu sein. Die verbreitete Vorstellung, das kapitalistische System sei ohne einen engen staatlichen Regulationsrahmen, der es vor sich selbst schützte, nicht überlebensfähig, hatte in der frühen Nachkriegszeit zahlreiche staatliche Eingriffe in die Wirtschaft legiti-



Während der Wirtschaftskrise in Argentinien (2001) unterbrechen die Piqueteros mit Straßenblockaden die Warenzirkulation.

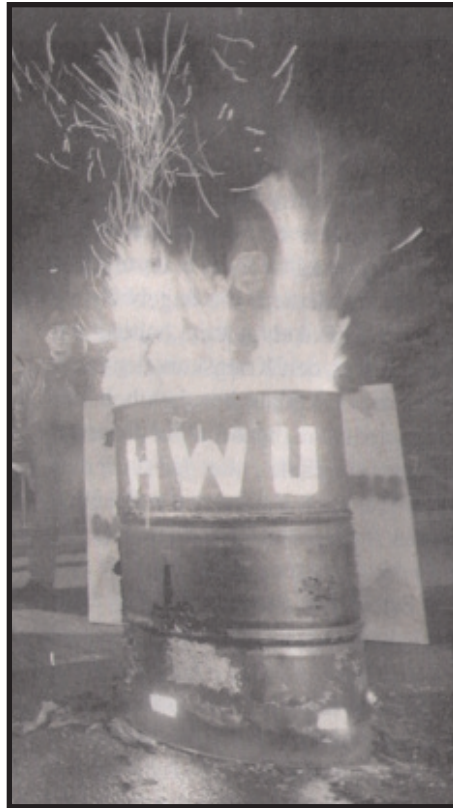
miert sowie eine mäßige Umverteilung der enormen Profite im Zuge des Wiederaufbaus gefördert. Zwei wichtige Bedingungen trugen damals zur Durchsetzung dieser Ideen selbst in liberalen Kreisen bei: Zum einen war das Kapital in einem von Krieg zertrümmerten Europa auf die Intervention des Nationalstaates angewiesen, welcher als einziger in der Lage war, die (kapitalistischen) Grundlagen des wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaus Europas zu sichern. Zum anderen nahm die Arbeitermacht in einer Situation von Vollbeschäftigung und Arbeitskräftemangel überall zu, was wiederum die Bereitschaft des Kapitals erhöhte, auf Kompromisse und Zugeständnisse einzugehen. Als in den 1970er Jahren die wachsende internationale Wirtschaftskrise zum zweiten Mal nach Kriegsende die keynesianistischen Politiken auf die Probe stellte, waren diese zwei Bedingungen, die seine Durchsetzung in der Nachkriegszeit begünstigt hatten, inzwischen verschwunden. Die europäischen Gesellschaften waren längst wieder aufgebaut und die einstige Arbeitermacht, die ihren Höhepunkt am Ende der 1960er Jahre erreichte, war durch tiefe Transformationen der Wirtschaftsstrukturen und eine wachsende Arbeitslosigkeit geschwächt.

Gibt es heute einen Grund, um die eventuelle Rückkehr des Staates zu feiern? Wohl eher nicht. Das Kapital ist heute zwar wieder auf die finanzielle Hilfe des Staates angewiesen, befindet sich aber im Vergleich zur Nachkriegszeit in einer viel günstigeren Ausgangssituation. Zum einen ist es viel mobiler als in der Vergangenheit. Daher ist es wahrscheinlich, dass der internationale Standortwettbewerb steigen wird, wobei Standortvorteile nicht mehr nur aus Deregulierung und Privatisierung, sondern häufiger aus öffentlicher Unterstützung resultieren könnten. Das Kapital ist heute auf die Hilfe eines Staates angewiesen, nicht unbedingt seines Staates. Das verschafft zumindest den international operierenden Unternehmen der Finanz- und Realwirtschaft eindeutige Vorteile. Zum anderen ist die Arbeitermacht so schwach wie noch nie, so dass es unwahrscheinlich ist, das Kapital zu Kompromissen zwingen zu können, die auch nur vergleichbar sind mit denen der Nachkriegszeit.

Staat und Klassengesellschaft

Bei der Debatte um Neoliberalismus oder Keynesianismus wird eines klar: Einen Staat braucht es schon, um den ganzen Laden hier zu meistern. Die Frage ist daher nur, ob es denn „mehr Staat“ in der Wirtschaft bräuchte oder nicht. Deshalb bietet es sich an, sich einmal begrifflich zu machen, welche Rolle der Staat überhaupt in der Klassengesellschaft spielt. Die kapitalistische Klassengesellschaft ist durch gegensätzliche Interessen gekennzeichnet: Als Antagonisten stehen sich diejenigen, die über Produktionsmittel verfügen (Kapitalisten), und die, die nichts besitzen außer ihre Arbeitskraft (Arbeiter), die sie an die Kapitalisten verkaufen müssen, unversöhnlich gegenüber. Ohne Staat könnte eine solche Gesellschaft keinen Tag funktionieren. Denn das Interesse des Kapitalisten, möglichst viel Profit zu machen, und das des Arbeiters, einen möglichst hohen Lohn einzukassieren, stehen im unlösbaren Widerspruch, da hoher Profit gerade dann möglich wird, wenn der Lohn möglichst niedrig ist. Eine Funktion des Staates ist, dieses Verhältnis ins Recht zu setzen: Der Staat garantiert das Recht auf Eigentum, die Eigentumsordnung darf nicht hinterfragt werden. Sie ist Existenzbedingung des Kapitalismus, da sich die Klassenfrage in der Frage des Eigentums stellt. Es gilt: Ohne Eigentum keine Klassen.

Das Recht auf Eigentum allein garantiert jedoch noch nicht das Funktionieren des Kapitalismus. Wo es Klassengegensätze gibt, gibt es auch Kämpfe, die dem reibungslosen Verlauf der Profitmacherei schaden könnten. Diese Kämpfe können aus Forderungen der Arbeiterklasse nach höheren Löhnen entzündet, womit kein (oder weniger) Profit mehr zu erwirtschaften ist, oder aus Forderungen der Kapitalistenklasse, die die Löhne unter die Grenze des zum Überleben Notwendigen drücken. Beides - zu hohe Löhne und zu hohe Ausbeutung - kann zu Störungen des reibungslosen Funktionierens der kapitalistischen Gesellschaftsordnung führen. Und an dieser Stelle braucht es den Staat als vermittelnden „Anwalt des Teufels“. Zweck ist weiterhin die Aufrechterhaltung der Eigentumsordnung, erwirkt durch Schlichtung und Interessensausgleich. Der Staat trägt beispielsweise dafür Sorge, dass die Löhne nicht unter das Existenzminimum abfallen. Die zusätzlichen staatlichen Maßnahmen sollen dazu dienen, dass sich die Individuen trotz ihrer Gegensätze entsprechend ihrer Mittel



Seit dem 05.12.2008 halten die 100 Beschäftigten der Hohenlockstedter Walz- und Umformtechnik (HWU) das insolvente Werk besetzt.



reproduzieren können, weil sie unter der gegenwärtigen Eigentumsordnung sich auch entsprechend ihrer Mittel zu reproduzieren haben.

In der Ausübung dieser Funktionen erscheint der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“, der an erster Stelle den Ordnungsrahmen für den Kapitalismus schafft und weiterhin als Krisenverwalter, Schlichter gegensätzlicher Interessen und Aufstandsbekämpfer auftritt, um das Funktionieren des gesamten Systems zu garantieren. Er stellt den Eigentümern an Produktionsmitteln auf der einen Seite allgemeine Voraussetzungen ihrer Konkurrenz bereit. Er sorgt auf der anderen Seite als „Sozialstaat“ aber auch dafür, dass die Arbeiterklasse, die keinen Besitz außer ihrer Arbeitskraft hat, sich ausreichend reproduzieren kann, um jeden Tag aufs Neue als Mehrwert schaffende Klasse zur Verfügung zu stehen.

Gerade jetzt während der Krise wird besonders deutlich, dass genau diese Merkmale auf den Staat zutreffen, die er als „ideeller Gesamtkapitalist“ erfüllt. Wo sein Bankensystem nicht mehr funktioniert wie bisher, wo das allgemeine Wirtschaften nicht mehr so läuft, wie man es sich wünscht, da muss der Staat ran, der den Kapitalismus wieder so einrichtet, damit er wieder läuft wie bisher. Da mögen die Vorstellungen verschiedenster Parteien noch so unterschiedlich sein, einig sind sich alle darin, dass der Staat die Wirtschaft aus der Krise retten muss.



Der Staat und die Linke

Wie ein Schiedsrichter, der ein Spiel pfeift - oder besser am Laufen hält, verhält sich der Staat in einer Klassengesellschaft. In ihr ist er nicht nur Apparat und Instrument der Herrschenden, sondern auch machtvoller Vermittler zwischen widerstrebenden gesellschaftlichen Interessen.

Aufgrund dieser Funktionen war der Staat sowohl Angriffsobjekt als auch Adressat linker Politik. Gerade die „pluralistische Linke“ von Genua bis Heiligendamm steht beispielhaft für Attacken einerseits und Appelle andererseits an staatliche oder suprastaatliche Einrichtungen. Die „Bewegung der Bewegungen“ betonte: „We are everywhere!“ und zog auf allen Ebenen gegen neoliberale Politik zu Felde: Lokal gegen die Stadtverwaltung, wenn es um die Aufpolierung der Innenstädte ging, national gegen die Regierung, als mit Montagsdemos die Agenda 2010 gekippt werden sollte, und international gegen die G8, die Weltbank, die WTO, den IWF und die

NATO, wenn das Klima gerettet, die Abhängigkeit der Länder des Südens vom Norden beendet, Kriege verhindert oder gestoppt und Bewegungsfreiheit durchgesetzt werden sollten. Gemein war diesen Mobilisierungen das berechtigte „Dagegen“. Ein vielstimmiges, oft buntes „Dagegen“, das viele AktivistInnen als Aufbruch erlebten. Denn nachdem gerade in der BRD nach dem Zusammenbruch des Ostblocks Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen wenig angesagt war, ist es der Linken in diesen Kämpfen gelungen, wichtiges Terrain in der politischen Auseinandersetzung zurück zu gewinnen. Auch wenn die Mobilisierungen zumeist mit einer politischen Niederlage endeten und die Defensive der Linken nicht aufgebrochen wurde, so konnte zumindest die totale Ächtung linker Positionen durchbrochen werden. Doch gerade jetzt, da der Staat im Krisenmanagement massiv zugunsten des Kapitals umverteilt und sich besonders stark gebiert, herrscht Stille: Der nahe liegende Sturm der Entrüstung blieb aus, obwohl die Rettungspakete für marode Bankhäuser nichts anderes als ein Schlag ins Gesicht all derjenigen sind, die in den vergangenen Jahren versucht hatten, ein Stück vom öffentlichen Verteilungskuchen abzubekommen. Warum also gerade jetzt, da der Kapitalismus in der Krise steckt, die Zurückhaltung? Sind die Bedingungen denn nicht prädestiniert, den Krisenverwalter sturmreif zu schießen? Hätten gesellschaftliche Verteilungskämpfe - etwa für ein Recht auf kostenlose Bildung oder etwa Sozialproteste gegen Hartz IV - nicht gerade jetzt das Potential, erfolgreich und zuge-spitzt geführt werden zu können? Oder tritt in dem vielstimmigen Schweigen Rücksicht für einen Staat zu Tage, den man sich nur stärker gewünscht hätte anstatt ihn perspektivisch absterben zu lassen? Tatsächlich vermittelt die Situation, die derzeit eigentlich eine Konfrontation sein sollte, den Eindruck, als sei der Staat der heimliche Gewinner der Krise. Und dessen Krisenmanagement lehrt uns, was wir schon immer wussten: Dieser Staat asozial.

Sozialproteste am 01.11.2003 in Berlin.



Mittwoch, 14.01.2009 - 19.00 Uhr

Informationsveranstaltung mit Diskussion
Der Staat will die Banken retten - warum?

Jetzt, wo das Finanzsystem zusammenkracht, manche Bank bankrott ist und sich Geldvermögen im Billionen-Dollar-Bereich in Luft auflösen, ist der Staat als Retter gefordert. Politiker und Meinungsmacher von rechts bis links finden das „neoliberale Dogma“ blamiert, demzufolge sich die Märkte selbst regulieren. Nur das „kraftvolle Handeln der politischen Macht“ könne die Katastrophe noch bremsen. Allerdings ist die Auffassung, der Staat habe sich bisher aus dem Finanzsektor herausgehalten, verkehrt, weil der Staat in diesem Sektor und seinem Treiben immer schon drinsteckt und ihn kontrolliert. Der Staat macht die ganze Gesellschaft von der Macht des Geldes abhängig und stattet so die Banken mit der Macht aus, mit der sie das ganze wirtschaftliche Leben zum Mittel ihrer Profite und ihres Wachstums machen dürfen. Der Staat rettet, wenn er das Finanzsystem rettet, sein Geschöpf und damit die „Marktwirtschaft“, also den Kapitalismus.

Rechte wie Linke reden von einer „größeren Rolle der Politik in der Wirtschaft“. Die Rechten im Ton der Warnung: Da drohe die Rückkehr des Sozialismus. Zu viel Staatseinfluss werde die Kräfte des Marktes schwächen. Linke Wortmeldungen begrüßen eine stärkere politische Kontrolle über die (Finanz)Wirtschaft als einen Schritt zum Sozialismus, den sie sich schon früher gewünscht hätten. Wissen beide Parteien überhaupt, wovon sie reden? Liegt denn nicht auf der Hand, wofür die „größere Rolle des Staates“ da zum Einsatz kommt? Für die Rettung des Finanzkapitals! Es geht um den Erhalt der Geldvermögen, ums Funktionieren der Banken und um die darauf gegründete Geldmacht Deutschlands, die im Gegensatz zur Geldmacht der anderen Nationen steht. Rettung des Finanzsystems, staatliche Eingriffe und Regulierung - das alles tut die Regierung, damit es so weitergehen kann wie vor der Finanzkrise.

Es gibt eine Menge zu erklären an dem Wahnsinn, dem der Normalmensch als Zaungast beiwohnt, für den er als mitdenkender Staatsbürger in Anspruch genommen wird und wobei er als Lohnabhängiger für die Bewältigung der Wirtschaftskrise eingeplant ist:

Was hat der Staat von den Banken, dass er sie - koste, was es wolle - retten will? Was soll

denn wieder funktionieren? Der Staat soll versagt haben bei der Kontrolle der Banken, ihnen viel zu viel Freiheit gelassen, jetzt kümmere er sich - endlich - wieder darum. Stimmt das? Was ist das Verhältnis von politischer Macht und privatem Finanzgeschäft?

Ort: Planwirtschaft

Referent: Dr. Theo Wentzke (Gegenstandspunkt)

Donnerstag, 22.01.2009 - 20.00 Uhr

3. Jour Fixe zur Krise
Revolutionäre Theorie vs. reformistische Praxis

Die Ursachen der Krise lassen sich hervorragend in marxistischen Kategorien erfassen und darstellen. Die Unmöglichkeit bzw. Sinnlosigkeit der Reformierbarkeit des Systems ebenfalls. Die Wirkungen der Krise hingegen nicht. Sie sind Herausforderung und Nagelprobe für die (revolutionäre) Linke.

Hierzu laden wir zur offenen Debatte ein.

Ort: Planwirtschaft

Weitere Infos demnächst unter:
www.sk.organisiertelinke.org

Sonntag, 25.01.2009

Konferenz

Antikapitalistischer Ratschlag

Die Interventionistische Linke lädt zur Diskussion um die „K-Frage“: Eine Debatte über Krieg, Krise, Klimawandel, Kapitalismus - und ein kommunistisches Danach.

Ort: Frankfurt/Main

Programm und weitere Infos demnächst unter:
www.interventionistische-linke.org

Hier triffst Du uns:

planwirtschaft

Werderstr. 28

samstags von 19 - 22 Uhr